

# Verbands- politische Rundschau

## Analysen Positionen Informationen Diskussionen

### zur Arbeit der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung

• Informationen • Informationen • Informationen •

#### Schleswig-Holstein



##### Neuwahlen und Landeszentrale

Die vorgezogenen Neuwahlen in Schleswig-Holstein sorgen nicht zuletzt dafür, dass eine überraschende Wende in Sachen Landeszentrale für politische Bildung vorerst gestoppt ist. Auf Antrag der Grünen (s. [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de), Dokumente, Drs. 16/2666) beriet der Landtag noch im Juni darüber, ob die Landeszentrale künftig beim Landesparlament angesiedelt werden soll – und nicht wie seit 2005 in der Staatskanzlei. Die Landtagsdebatte verlief überraschend einmütig: Auch die damals noch verantwortliche große Koalition konnte sich ein solches Modell vorstellen. Ministerpräsident Carstensen versicherte im Landtag: „Bis zum Ende der Beratungen über die neue Ausrichtung, wird es keine Vorfestlegung über den Verbleib geben.“ Der Bildungsausschuss beschloss daraufhin, über die Sommerpause eine schriftliche Anhörung zum Antrag der Grünen zu starten. Auch unser Landesverband ist aufgefordert, bis Ende August eine Stellungnahme abzugeben. Mit dem Wechsel der Wahlperiode fällt diese parlamentarische Initiative dann jedoch dem Prinzip der Dis-

kontinuität zum Opfer. Das bedeutet: Der neue Landtag wird das Thema neu aufrufen und entscheiden müssen. Der Ausgang ist durchaus offen, denn in Schleswig-Holstein herrscht große Finanznot und es geht das Gerücht, die CDU wolle die Landeszentrale – wie in Niedersachsen bereits geschehen – auflösen. Die Entscheidung entspräche der Logik einer kontinuierlichen Politik des Abbaus von Personal und Finanzen bei der Landeszentrale seit ihrer Ansiedlung in der Staatskanzlei. Freiwerdende Stellen wurden nur zögerlich oder gar nicht neu besetzt. Die Leitung ist vakant; auch die Bücherausgabe ist nicht mehr neu besetzt worden.

Ein Bericht des Landesrechnungshofes (s. [www.landesrechnungshof-sh.de](http://www.landesrechnungshof-sh.de), Bemerkungen 2009) aus diesem Jahr fällt ein schonungsloses Urteil zur Situation der Landeszentrale. Sein Fazit lautet: „Die Landeszentrale für politische Bildung hat keine klaren Ziele und handelt unwirtschaftlich.“ Auch die seit 2003 geltende Organisationsform der Landeszentrale als Landesbetrieb habe sich nicht bewährt. Grund: Die dafür notwendige erwerbswirtschaftliche Ausrichtung sei nicht sachgerecht und werde faktisch auch nicht umgesetzt. Eine

Umstrukturierung der Landeszentrale wurde somit dringend empfohlen und von der Staatskanzlei auch zugesagt.

Die nun vom Landtag ins Auge gefasste Ansiedlung beim Landesparlament wäre bundesweit ein Novum. Die parlamentarische Bildungsarbeit des Landtages und die Arbeit der Landeszentrale könnten sich aber sehr gut ergänzen. Bei vielen Veranstaltungen wird bereits jetzt kooperiert. Und die Anbindung an das Landesparlament – z.B. in Form eines/einer Beauftragten für politische Bildung – würde m.E. sicherstellen, dass diese wichtige Einrichtung dauerhaft überparteilich und unabhängig arbeiten kann. Das war und ist im Regierungsbereich nicht mehr gegeben. Aktuell ist die Gefahr groß, dass die Finanzierung der Landeszentrale als freiwillige Leistung eingestuft und damit dem Spardiktat geopfert wird.

Ist sie einmal abgeschafft, so ist eine Neugründung angesichts verschuldeten Staatshaushalte extrem unwahrscheinlich. Insofern muss jetzt alles getan werden, um die Auflösung zu verhindern.

*Fortsetzung folgt...*

*Annette Wiese-Krukowska*

#### Nordrhein-Westfalen



Landesforum 2009 der DVPB  
am 5.11.2009 in Duisburg:

##### Wirtschaft, Ökonomik und Bildung in der Krise

Angesichts der massiven Krisenerscheinungen in der Finanz- und in der Realwirtschaft sind Zweifel und Kritik an den herrschenden Wirtschaftswissenschaften laut geworden. Deren Denkweisen, Modelle und politischen Empfehlungen sind über die ökonomische Bildung verstärkt in die Schulen getragen und bildungsrelevant geworden. Dies hat sich in NRW bis in die Namensgebung des Faches „Politik/Wirtschaft“ durchgesetzt. Hat die Krise der Wirtschaftswissen-

schaften und der Politikberatung Auswirkungen auf die ökonomische und politische Bildung in den Schulen?

Neben der Debatte über Grundannahmen und Denkfiguren der Wirtschaftswissenschaften hat sich auch im Bildungsbe reich eine anregende Diskussion über die die Didaktik der Ökonomik ergeben. Hierbei geht es um Fragen nach den Zugriffen und Gegenständen einer schulischen ökonomischen Bildung. Bahnt sich ein neues Selbstverständnis der ökonomischen Bildung im Rahmen des politischen und sozialwissenschaftlichen Unterrichts an? Welche neuen didaktischen Ansätze sind zu erkennen? Was hat sich bewährt?

Mit diesen Fragen beschäftigt sich das Landesforum 2009 der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung.

##### Geplanter Tagungsablauf (derzeitiger Planungsstand)

###### *Eingangsreferenten für den Vormittag*

- Dr. Rolf Kroker, Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln
- Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup, Fachhochschule Gelsenkirchen
- Prof. Dr. Reinhold Hettke, Universität Bielefeld

Folgende Themen sind Gegenstand von Arbeitsgruppen am Nachmittag:

- Kooperationen mit der Wirtschaft
- Ratlos in der Krise, ratlos in der Klasse? Vom aktuellen Nutzen ökonomischer und Politischer Bildung
- Politische Bildung bei Schulabgängern ohne Perspektive
- „Bloch reloaded“ – Über die Notwendigkeit (?) politischer Utopie

Die Entwicklung der weiteren Planung kann auf unserer Homepage [www.dvpb-nw.de](http://www.dvpb-nw.de) eingesehen und verfolgt werden.

Die Mitglieder erhalten frühzeitig eine Einladung.

Ein Info-Stand der Landeszentrale für politische Bildung NRW und Stände der Schul- und Fachbuchverlage begleiten die Veranstaltung.

Ansprechpartner:  
Helmut A. Bieber Geschäftsführer  
geschaeftsfuehrung@dvpb-nw.de

### Mitgliederversammlung

Im Anschluss an das Landesforum findet eine Mitgliederversammlung der DVPB-NW statt.

### Grundrechte als Thema eines Videowettbewerbs des Ministeriums für Schule und Weiterbildung

Das Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW veranstaltet mit Unterstützung der dvpb-nw e.V. anlässlich des 60. Geburtstages des Grundgesetzes einen Video-Wettbewerb „Gleichheit, Freiheit – was denn sonst?“.

„Was bedeuten die Grundrechte für mein Leben?“ lautet die Aufgabenstellung des Wettbewerbs. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen sich mit Fragestellungen wie zum Beispiel „Welches ist für mich das wichtigste Grundrecht?“, „Was wäre, wenn ein Grundrecht außer Kraft gesetzt würde?“, „Ist aktuell ein Grundrecht in Gefahr?“ oder „Brauchen wir ein neues Grundrecht?“ auseinandersetzen und hierzu einen Videoclip produzieren.

Der Wettbewerb richtete sich an Jugendliche im Alter von 14 bis 24 Jahren. Teilnehmen konnten Klassen, Kurse und einzelne Schülerinnen und Schüler aller Schulen, auch der Berufs- und

Weiterbildungskollegs sowie der Schulabschlusskurse aus Weiterbildungseinrichtungen. Auch Jugendgruppen sind angesprochen.

Einige Videoclips sind auf der Homepage des Wettbewerbs <http://www.grundrechte-nrw.de> dokumentiert.

Die Jury – siehe Bild – ermittelte die Preisträgerinnen und

Preisträger. Diese können einen Tag lang in Nordrhein-Westfalen „hinter die Kulissen zu schauen“. Sie können unmittelbar dort Einsicht nehmen, wo es um die Sicherung der Grundrechte geht – zum Beispiel in Ministerien, aber auch in Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen.



v.l.n.r.: Prof. Heike Sperling (Robert-Schumann-Hochschule Düsseldorf), Helmut A. Bieber (DVPB-NW e.V.), Dr. Hitze (LZpB-NW), Prof. Dr. Poelchau, Mita Ohlendorf (beide MSW)

### Antwort des Ministeriums für Schule und Weiterbildung auf das mahnende Schreiben der DVPB vom 5. Mai 2009



Der Staatssekretär

Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW, 40190 Düsseldorf

Deutsche Vereinigung für politische Bildung e.V.  
Herrn  
Prof. Dr. Stephan Thomas  
Rhedaerstr. 5  
33647 Bielefeld

Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Schule und Weiterbildung und dem Wehrbereichskommando der Bundeswehr  
Ihr Schreiben vom 5. Mai 2009

Sehr geehrter Herr Professor Thomas,

Frau Ministerin Sommer dankt Ihnen für Ihr Schreiben vom 5. Mai dieses Jahres.

Sie bringen in Ihrem Schreiben die Sorge zum Ausdruck, dass durch die Kooperationsvereinbarung eine Orientierung des Unterrichts der Politischen Bildung erfolgen könnte, die den Blick zu wenig auf zivile und gewaltfreie Mittel der Friedenssicherung lenkt.

Selbstverständlich sieht sich das Ministerium für Schule und Weiterbildung dem Beutelsbacher Konsens weiterhin verpflichtet. Dies findet seinen Niederschlag auch darin, dass die Zusammenarbeit zwischen Schule und Bundeswehr der Rahmenvorgabe für Politische Bildung entsprechen muss.

Dies bedeutet, dass den Schülerinnen und Schülern kein einseitiges Bild von den Möglichkeiten der Friedenssicherung vermittelt werden darf. Es gilt, die Problematik im Unterricht von verschiedenen Seiten aus zu beleuchten. Möglichkeiten der Friedenssicherung und der Konfliktverhütung mit zivilen und gewaltfreien Mitteln sind dabei ebenso zu vermitteln wie die westliche Sicherheitspolitik. Im Rahmen dieses Unterrichts haben die Schulen die Möglichkeit, Jugendoffiziere einzuladen.

Ich gehe davon aus, dass die Lehrkräfte vor dem Hintergrund des Neutralitätsgebotes für einen ausgewogenen Unterricht sorgen und dabei gegebenenfalls auch Vertreterinnen oder Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen einladen, die sich mit Fragen der Kriegs- und Konfliktverhütung, der Kriegsdienstverweigerung etc. befassen.

Seite 2 von 2

Auch diesen Organisationen steht selbstverständlich die Möglichkeit offen, ihre Fortbildungsangebote für Lehrkräfte in der Fortbildungssuchmaschine des Ministeriums für Schule und Weiterbildung vorzustellen. Wir würden uns freuen, wenn Sie entsprechende Organisationen auf diese Möglichkeit hinweisen würden.

Mit freundlichen Grüßen

Günter Winands

Anschrift:  
Volklinger Straße 49  
40221 Düsseldorf  
Telefon 0211 5867-40  
Telefax 0211 5867-322  
poststelle@msw.nrw.de  
[www.schulministerium.nrw.de](http://www.schulministerium.nrw.de)

## Rheinland-Pfalz

### Rechtsextremismus im Alltag: Erscheinungs- und Ausdrucksformen der rechten Subkultur und ihre Wirkung auf Jugendliche

Die DVPB Rheinland-Pfalz plant zu dieser Thematik Studientage für Schülerinnen und Schüler der Jahrgänge 9/10 der allgemein bildenden und der berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz – eine Auftaktveranstaltung wird im Landtag Rheinland-Pfalz stattfinden.

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus muss ein politisches Schwerpunktthema der Landesregierung Rheinland-Pfalz, dessen Behandlung den Abschluss eines „Gesellschaftsvertrages“ unter Einschluss zahlreicher gesellschaftlicher Institutionen intendiert. Der Fokus der den Maßnahmen der Landesregierung zugrunde liegenden Analyse richtet sich über die Beobachtung der Wahlergebnisse und Mitgliederzahlen rechtsextremistischer Parteien hinaus auf die subkulturelle gesellschaftliche Entwicklung vor allem im Bereich von Musik- und Freizeitangeboten und trägt damit den Tiefendimensionen des Problems und seiner Gefährdungen potenzielle Rechnung.

Überzeugend erscheint die zweigleisige Vorgehensweise i. S. einer Verstärkung der Präventions- und Jugendarbeit einerseits und des kommunalen Engagements andererseits. Dabei wird neben geplanten zentralen Einrichtungen wie der landesweit tätigen „Präventionsagentur Rechts extremismus“ ein Schwerpunkt auf Information und Unterstützung der Kommunen gelegt.

Im Blick auf die eigentliche Hauptzielgruppe rechtsextremistischer Propaganda, die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, führt die Landesregierung Schulungen von Multiplikatoren und regionale „Schülerkongresse gegen Rechtsextremismus“ durch. Diese stellen einen ersten wichtigen Schritt dar, um eine umfassende Aufklärung und die Unterstützung von Zivilcourage und bürgerschaftlichem Engagement in den Schulen einzuleiten.

Um zu gewährleisten, dass sich die Schulen aktiv und dauer-

haft mit dem Thema Rechtsextremismus auseinandersetzen, sollen ergänzend zu den Schülerkongressen, die ja in der Regel interessierte und engagierte Schüler/innen erreichen, aber eher nicht die Zielgruppe der durch rechtsextremistische Propaganda- und Freizeitangebote potenziell gefährdeten Jugendlichen, flächendeckende Informations- und Präventionsmaßnahmen durchgeführt werden. In Verbindung mit Trägerinstitutionen der politischen Jugendbildung müsste das Ziel sein, alle Jugendlichen der 9. und 10. Klassen über die Ziele, die Methoden und die damit verbundenen Gefahren rechtsextremistischer Organisationen und ihrer (Freizeit-)Angebote grundlegend zu informieren und sie für demokratische Alternativen zu sensibilisieren.

DVPB und DeGeDe Rheinland-Pfalz stellen im Folgenden ein Konzept zur Durchführung von eintägigen Studientagen vor, das in Kooperation mit den hier genannten Partner- und Trägerinstitutionen zunächst modellhaft in der Region Rheinhessen und dann in anderen Landesteilen von Rheinland-Pfalz umgesetzt werden soll.

### Auftaktveranstaltung

#### Rechtsextremismus im Alltag Erscheinungs- und Ausdrucksformen der rechten Subkultur und ihre Wirkung auf Jugendliche

Studientag für Schüler/innen der Berufsbildenden Schule Bingen  
18. September 2009  
Landtag Rheinland-Pfalz, Mainz  
in Zusammenarbeit mit der Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung, dem Landtag, der Landesregierung Rheinland-Pfalz, jugendschutz.net, dem Netzwerk Demokratie & Courage und weiteren Partnerorganisationen

„Zu den Merkmalen der rechten Jugendkultur gehören, neben autoritären bis rechtsextremen Einstellungen und Orientierungen spezifische alltägliche Aktivitäten, Treffen,



*Treffpunkte und Konsumgewohnheiten, die Musik mit den dazugehörigen Stimmungen, Texten und Konzerten sowie szenetypische äußere Merkmale mit einem Repertoire von Outfit (Frisur, Kleidung), Accessoires, Codes und Symbolen.“*

Benno Hafenecker: Rechte Jugendcliquen in Hessen. Schwalbach 2002, S. 47

Der Studientag versucht einen Überblick zur aktuellen Situation zu geben, Gefahren bis hin zu zunehmender rechtsextrem motivierter Gewaltbereitschaft und Lösungsansätze aufzuzeigen. Nach einführenden Filmen und Vorträgen erhalten die Jugendlichen Gelegenheit sich mit den Themen „rechtsextreme Musik“, „Rechtsextremismus im Internet“ und „Rechtsextremismus und Gewalt“ in Workshops und Arbeitsgruppen aktiv auseinander zu setzen.

### Geplanter Ablauf

08.30 Uhr: Offener Beginn (mit Kaffee und Kaltgetränken im Forum vor dem Wappensaal)

09.00 Uhr: Wappensaal des Landtags, Erdgeschoss (am Haupteingang rechts)  
musikalischer Beginn, mit einer Musikgruppe der Schule

09.15 Uhr: Grußwort des Landtagspräsidenten Joachim Mertes

09.30 Uhr: Begrüßung der Teilnehmer/innen durch die Veranstalter  
Einführung in das Programm

09.45 Uhr: *Wölfe im Schafspelz – Rechtsextremismus heute zwischen Agitation und Gewalt*  
Film von Rainer Fromm mit Einführung und anschließender Diskussion

11.00 Uhr: *Andreas Müller, Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz, Verfassungsschutz: Rechtsextremismus und Jugend in Rheinland-Pfalz – eine Situationsbeschreibung –*  
Impulsreferat mit anschließender Diskussion

12.00 Uhr: Mittagspause  
(Mittagessen im Restaurant im Landtag)

13.00 Uhr: Vertiefung in Arbeitsgruppen und Workshops zu folgenden Themen:

Urs Fiechtner, Schriftsteller, Amnesty International, Langenau:  
*Demokratie & Toleranz: Texte gegen den Extremismus und für Menschenrechte*

Hans Berkessel, Pädagoge, DeGeDe u. DVPB Rheinland-Pfalz:  
*Rechtsextremistische Musik am Beispiel der NPD-Schulhof-CD*

Kai Partenheimer, Netzwerk Demokratie und Courage Rheinland-Pfalz:  
*Rechtsextremistische Symbole und ihre Bedeutung*

Michael Wörner-Schappert, Jugendschutz.net, Mainz:  
*Rechtsextremismus im Internet*

Stefan Werner, Sozialpädagoge, Anti-Gewalt-Trainer, Bingen:  
*Rechtsextremismus und Gewalt*

14.15 Uhr: Kaffeepause

14.45 Uhr: Wechsel der Arbeitsgruppen/zweiter Durchgang  
[Jede/r Teilnehmer/in nimmt an zwei Arbeitsgruppen ihrer/sein er Wahl teil.]

16.00 Uhr: Statements aus den Workshops und Feedback zum Studientag

16.30 Uhr: Ende des Studientags

Für das Jahr 2009 sind bereits drei weitere Studientage geplant, die am 25. September sowie am 4. und 11. Dezember 2009 in der Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung durchgeführt werden. Nach erfolgreicher Evaluation dieser vier Pilotveranstaltungen mit Schüler/innen unterschiedlicher Schulformen und Herkunftsregionen in Rheinland-Pfalz sollen die Studientage landesweit angeboten werden.

Hans Berkessel, Vorsitzender des LV Rheinland-Pfalz

**Hessen**

## **20 Jahre Mauerfall Stunden, die die Welt verändern**

**12. bis 15. Oktober 2009  
in Berlin**

*Veranstalter:*

- Haus am Maiberg  
Akademie für politische und soziale Bildung
- Hessische Landeszentrale für politische Bildung
- Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB), Landesverband Hessen
- Hessisches Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit

*Tagungsleitung:*

- Benedikt Widmaier  
Tel.: 06252 9306-11  
E-Mail: b.widmaier@haus-am-maiberg.de
- Jürgen Kerwer  
Tel.: 0611 3240-10  
E-Mail:  
juergen.kerwer@hlz.hessen.de

*Tagungsort:*

- Tagungshotel  
Aquino/Katholische  
Akademie  
Hannoversche Straße 5  
10115 Berlin

*Teilnehmerbeitrag:*

- 90,00 EUR (Tagungsbeitrag, Übernachtung im Doppelzimmer, Teilverpflegung wie im Programm ausge wiesen)
- 90,00 EUR Einzelzimmerzuschlag

*Lehrerfortbildung:*

- Für Lehrer aus Hessen wird die Tagung beim IQ als Fortbildung akkreditiert.

*Anmeldeverfahren:*

- Anmeldeschluss ist der 1. Oktober 2009
- Die Teilnehmerzahl ist auf 25 begrenzt

## **20 Jahre Mauerfall**

**Stunden, die die Welt verändern**

Mit der Fachtagung soll das Ereignis gewürdigt und einschlägigen Spuren vor Ort in Berlin nachgegangen werden. Im Zentrum stehen dabei die wichtigen

Bezugspunkte wie die Geschichte der Mauer selbst oder die Frage nach prägenden Strukturmerken der DDR, über die bis heute heftig und kontrovers diskutiert wird.

Jenseits der Reflexion deutscher Befindlichkeit soll aber auch der Blick auf andere wichtige Fragen gelenkt werden, die mit dem Ereignis Mauerfall in enger Verbindung stehen. So wird etwa danach gefragt, wie sich die „Wende“ in Europa heute aus polnischer Sicht darstellt und welche Rolle Polen dabei spielte. Oder es wird ein Blick auf die türkische Community in Deutschland nach dem Mauerfall geworfen.

eingeladen zur Tagung sind vor allem Lehrerinnen und Lehrer, Pädagoginnen und Pädagogen der außerschulischen (politischen) Jugend- und Erwachsenenbildung und der Jugendarbeit.

*Benedikt Widmaier  
(Haus am Maiberg)*

## **Programm**

### **Montag, 12.10.2009**

Anreise bis 14.30 Uhr

14.30 Uhr: Begrüßungskaffee

15.00 Uhr: *Begrüßung und Einführung:*

Inhaltliche Einführung  
Inhaltlich moderierte  
Vorstellungsrunde

16.00 Uhr: *Friedliche Revolution & Mauerfall 1989*

Biografisch-politische Intervention

Tagungseröffnung

Referent: Dr. Wolfgang Thierse  
MdB

17.15 Uhr: *Erinnerung und Aufarbeitung von Geschichte?*

Herausforderung für (Politische) Bildung

Tagungseinführung

Referentin: Dr. Heidi Behrens,  
Bildungsreferentin & Mitherausgeberin eines aktuellen einschlägigen Handbuchs

18.30 Uhr: Abendessen in der Akademie

### **Dienstag, 13.10.2009**

08.30 Uhr: Abfahrt an der Akademie

09.30 Uhr: *Gedenkstätte Berliner Mauer*

Lernort der besonderen Art  
Referent: Franz Pfeiffer, Bildungsreferent der Gedenkstätte

10.30 Uhr: *Ausstellungsbesuch in der Gedenkstätte & Führung an der Berliner Mauer*

13.00 Uhr: Mittagessen in eigener Regie

14.00 Uhr: „*Unrechtssystem DDR?*“

Besuch und Gespräch im Informations- und Dokumentationszentrum der Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen  
Referent: Dr. Axel Janowitz, Leiter der Abteilung „Historische und Politische Bildung“ der Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen

16.00 Uhr: Zeitzeugengespräch

18.30 Uhr: Abendessen in der Akademie

### **Montag, 12.10.2009**

20.00 Uhr: *Erinnerungen*  
Konzert und Gespräch in der Akademie

Karl-Heinz Bomberg (Berlin), (Oppositioneller) Liedermacher & Facharzt für Psychotherapie

### **Mittwoch, 14.10.2009**

08.30 Uhr: Abfahrt an der Akademie

09.00 Uhr: *Umweltbibliothek und Oppositionsbewegung*

Vorgeschichte der friedlichen Revolution 1989  
Gespräch und Führung am Prenzlauer Berg

Referent: Carlo Jordan, Mitbegründer der Umweltbibliothek

11.15 Uhr: *Friedliche Revolution 1989/1990*

Besuch und Führung auf der zentralen Open-Air Ausstellung am Alexanderplatz

13.00 Uhr: Mittagessen in eigener Regie

13.45 Uhr: Treffpunkt Hessische Landesvertretung in Berlin

14.00 Uhr: „*Mauer auf den Kopf gefallen?*“

Die türkischen Migranten/innen nach dem Mauerfall  
Referentin: Dr. Nevim Cil, Humboldt Universität Berlin

16.00 Uhr: *Polen und der Fall des Eisernen Vorhangs 1989*

Zur Rolle des Nachbarlands bei der Wende in Europa  
Referent: Dr. Marek Prawda, Botschafter der Republik Polen in der BRD

18.30 Uhr: Abendessen in eigener Regie – Abend zur freien Verfügung

### **Donnerstag, 15.10.2009**

09.00 Uhr: *History Trekking DDR & Geschichtskoffer*

Gute Praxisbeispiele  
Referent/in: Stefan Sommerfeld, Jugendburg Ludwigstein  
Kerstin Engelhardt, socius, Berlin

10.30 Uhr: *1989 als Thema der (Politischen) Bildung*  
Perspektiven aus Sicht der Teilnehmer/innen

11.30 Uhr: Abschlussgespräch und Seminarauflistung

12.00 Uhr: Mittagessen in der Akademie

Ende der Tagung gegen 13.00 Uhr

## Niedersachsen



### Niedersächsischer DVPB-Vorstand zu Gespräch beim neuen Staatssekretär im Kultusministerium.

Fünf Vorstandsmitglieder waren auf Einladung von Staatssekretär Dr. Althusmann am 13. August für über eine Stunde eingeladen, um Aussichten und Probleme der politischen Bildung des Landes zu erörtern. Dr. Althusmann, erst seit dem 16. Juni 2009 im Amt, zeigte sich offen und interessiert für die Meinungen und Wünsche der DVPB.

Aus unserer Sicht ist das Alleinstellungsmerkmal des Landes, als einziges von 16 Bundesländern keine Landeszentrale für politische Bildung zu führen, weiterhin eine echte Belastung für eine erfolgreiche und kontinuierliche politische Bildungsarbeit. Von unseren Mitgliedern und aus unseren Tagungen und Fortbildungsangeboten hören und erleben wir immer wieder, dass wir aufgerufen bleiben, auf Abhilfe zu drängen. Es geht uns dabei nicht um eine Kopie der 2004 eingestellten Landeszentrale, sondern um einen Ersatz, der die wichtigen Aufgaben wie politische Bildungsforschung, Lehrerfortbildung und Koordinierung übernehmen kann und öffentliche wie private Gelder und Förderungen einwerben und umsetzen kann.

Dr. Althusmann stellte zusammen mit Referatsleiter Hoffmeis-



ter die Sicht der Landesregierung dagegen, zeigte sich aber offen für die vorgetragenen Argumente und stellte weitere Gespräche in Aussicht.

### Panne im Zentralabitur

Durch die diesjährige „Panne“ im Zentralabitur im Fach Politik sind nicht nur die Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte in erhebliche Bedrängnis gekommen, aus der Sicht der DVPB wurde auch das Fach selbst nachhaltig geschädigt. Erst jetzt wird die ganze Tragweite der fehlerhaften Aufgabenstellung deutlich. Die Beurteilung der Aufgaben konnte nur erfolgen, weil auf Druck der

Lehrerinnen und Lehrer ein nachträglicher Erlass des Kultusministeriums mit Erläuterungen und Zwei felsfallregelungennachge-reicht wurde. Der Vorstand unterstützt das Ministerium in einem Schreiben in seinem Bestreben, die Beschädigung des Ansehens des Fachs soweit wie möglich zurückzuführen und zukünftig zu verhindern. Außerdem bittet die DVPB, eine öffentliche Debatte über Ursachen und Folgen des Fehlers zuzulassen und dafür notwendige Zahlen zu veröffentlichen.

### Europa und Politische Bildung

Gedanken zu einer aktuellen Herausforderung

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil zum Lissabon-Vertrag die europäische Einigung scheinbar wieder vom Kopf auf die Füße gestellt: der Bundestag muss die entscheidende demokratisch legitimierte Institution bleiben, die den Willen des Volkes repräsentiert und aushandelt. Das entsprechende Gesetz zur Stärkung der Rolle des Bundestags sorgte sogleich für einen verfrühten Start in den Wahlkampf mit der CSU und der Linken in der Position der Angreifer und den übrigen in der Position der Verteidiger des erreichten europäischen Integrationsstands.

Für die Politische Bildung ließe sich folgende Schlussfolgerung aus dem Streit um den Lissabon-Vertrag ziehen: Der politische Streit bleibt in der nationalen Arena und deshalb bleibt politische Bildung vor allem auf Deutschland fokussiert. Über den deutschen Fokus ließe sich Europa ableiten. Das ca. 80 % der deutschen Gesetzgebung aus Brüssel vorgegeben ist, wie kolportiert wird, ist keine größere Aufmerksamkeit geschuldet, da der Streit darüber – also das eigentliche Kernmoment demokratischer Politik – in Deutschland selbst abläuft und den Schülerinnen und Schülern vermittelt und nachvollziehbar gemacht werden muss.

In der Verfassungsrealität, die auch in diesem europäischen Punkt von der Verfassungsnorm abweicht, ist aber europäische

Politik auch und vor allem auf europäischer Ebene streitig. Zwischen und innerhalb der EU-Institutionen und davon abhängig im europäischen Mehrebenensystem auch zwischen EU-, Bundes- und Länderebene. Bürgerinnen und Bürger benötigen daher für ein reflektiertes, politisches Handeln Kompetenzen zur Wahrnehmung und Beurteilung von politischem Streit auf allen Ebenen. So anspruchsvoll dies Ziel klingen mag, politische Bildung kann heute nicht mehr darauf zurückfallen, Kopf und Füße der europäischen Integration zu klären, sondern muss ihre Adressaten befähigen, ganzheitlich ihre Bürgerkompetenzen zu benutzen. In Niedersachsen haben wir in diesem Jahr unseren Tag der politischen Bildung ganz bewusst unter den Titel „Europa – Herausforderungen für die Zukunft“ gestellt. Nicht weil die Bundestagswahl – drei Tage später – plötzlich in den Rang einer Sekundärwahl abgerutscht wäre. Sondern weil Lehrerinnen und Lehrer, politische Bildnerinnen und -bildner den Bedarf sehen, über das verschachtelte Mehrebenensystem, die politische Praxis und die europapolitische Bildung in Austausch miteinander und den Referentinnen und Referenten zu treten. Der Fokus der Politischen Bildung muss auf zentralen politischen Kompetenzen, Herausforderungen und streitigen Themen und nicht auf möglicherweise zentralen Ebenen liegen

Markus W. Behne  
Erster Vorsitzender  
Niedersachsen



Roland Freitag, Henrik Peitsch, Manfred Quentmeier, Markus Behne, Dr. Althusmann, Prof. Dr. G. Himmelmann

## Brandenburg



### „Randbedingungen: Jugend – Prekäres Leben – Politische Bildung“ – eine beeindruckende Dokumentation einer Veranstaltungsreihe in der DGB-Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin

Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Kunst erörterten im Frühjahr und Sommer 2008 in der DGB-Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin mit Praktikern aus Schule, Aus- und Jugendbildung Lebenslagen und Bildungsperspektiven von Jugendlichen in Berlin und Ostdeutschland und die damit verbundenen Herausforderungen für die Politische Bildung.

Inhaltliche Schwerpunkte der Veranstaltungsreihe „Lebensperspektiven“ bildeten vor allem die Diskussion von „Lebenslagen und Bildungsperspektiven von Jugendlichen in den ländlichen Räumen Ostdeutschlands und von Berliner Jugendlichen mit Migrationshintergrund in einer vergleichenden Perspektive. Zudem standen folgende Fragen im Mittelpunkt: Was kann – und was soll – die politische Bildung in der Arbeit mit der Zielgruppe der so genannten „Bildungsfernen“ leisten? Was können etablierte Ansätze erreichen? In welcher Weise sind sie weiter zu entwickeln?“<sup>1</sup>

Die Veranstaltungsreihe „Randbedingungen: Jugend – Prekäres Leben – Politische Bildung“ wurde in Kooperation mit der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung, dem Bundesprogramm XENOS, dem DGB-Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Forum Arbeit e.V. Berlin und dem Landesverband Brandenburg der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung e.V. (DVPB) durchgeführt.

Die DVPB hat dieses Projekt und die Veröffentlichung des Tagungsbandes sehr gerne unterstützt, da die in Flecken Zechlin diskutierten Fragestellungen zu Lebenslagen und Bildungsperspektiven von Jugendlichen in Berlin und Ostdeutschland und die damit verbundenen Anfragen an die Politische Bildung die schulische und außerschulische politische Bildungsarbeit herausfordern, sei es als Erfahrungen, die Jugendliche und Erwachsene in unsere Veranstaltungen einbringen, sei es als Rahmenbedingungen, die die politische Bildungsarbeit, für die sich unsere Mitglieder engagieren, mitbestimmen.

Das große Interesse an den Inhalten der Veranstaltungsreihe „Randbedingungen“ hat Martina Panke und Ulrich Schnauder von der DGB-Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin ermutigt, einen Tagungsband herauszugeben, der wesentliche Ergebnisse festhält.

Den Mitgliedern des DVPB-Landesverbandes Brandenburg wird diese Dokumentation gemeinsam mit dem nächsten Mitgliederbrief kostenlos zugestellt. Der Tagungsband „Randbedingungen: Jugend – Prekäres Leben – Politische Bildung“ kann bei der DGB-Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin, Kirschallee, 16837 Flecken Zechlin, Tel. 033923 7400, [www.dgbjugendbildungsstaette.de](http://www.dgbjugendbildungsstaette.de) bestellt werden.

Dieter Starke

#### Anmerkung

- 1 Martina Panke/Ulrich Schnauder (Hg.), *Randbedingungen: Jugend – Prekäres Leben – Politische Bildung*, Flecken Zechlin 2009, S. 6

## Thüringen



### Andreas Eis erhält Promotionspreis

– Studie zur Europäischen Bürgerschaftsbildung gewürdigt

Der DVPB-Landesvorstand Thüringen gratuliert seinem Mitglied Andreas Eis zu seiner Promotion, die der ausgebildete Gymnasiallehrer im Januar 2009 mit der Auszeichnung „summa cum laude“ abschloss. Dafür erhielt er zum Jenaer Tag der Politikwissenschaft am 11. Juni 2009 den Promotionspreis (näheres zur Promotion siehe in der FPU 2/2009).

Betrachtet man die interessante Biografie von Andreas Eis, so war seine akademische Laufbahn in den 1980er Jahren nicht unbedingt vorauszusehen: 1986 schloss er eine Tischlerlehre ab, um dann 1987 aus der Staatsbürgerschaft der DDR entlassen zu werden. Als Gitarrist des Liedermacherduos „Eiswolf“ war er der DDR-Führung politisch nicht genehm, weswegen ihm nachdrücklich die Ausreise aus der DDR nahegelegt wurde. Er arbeitete einige Jahre in der Bundesrepublik als Schreiner, um dann Mitte der neunziger Jahre in Jena das Lehramtsstudium für die Gymnasialfächer Sozialkunde und Philosophie aufzunehmen. Nach Studium und Lehraufenthalten am Institut d'Etudes Politiques in Rennes, Frankreich und an der Michigan State University in East-Lansing, MI, U.S.A legte er 2004 das zweite Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien in Jena ab.

Anschließend arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für die Didaktik der Politik am Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Gleichzeitig durchlief er einen Graduiertenstudiengang für empirische Didaktikforschung am Zentrum für Lehrerbildung und Didaktikforschung der FSU Jena. Er arbeitete weiterhin an verschiedenen Forschungsvorhaben mit, z.B. am Projekt „Fächerübergreifendes Lernen in der politischen Bildung“; Schwerpunkte: Identität, Sozialer Wandel/Gender, Europa sowie an der Studie „Umgang und Wirkung kooperativer Lernformen an Thüringer Gymnasien – Eine Studie zur Lehrplanimplementation aus Schülersicht“.



v.l.: Reyk Seela , MdL und Vorsitzender des Förderverein des Instituts für Politikwissenschaft der FSU Jena e.V. und Institutsdirektor Prof. Dr. Michael Dreyer überreichen Dr. Andreas Eis den Promotionspreis des Vereins

Seit Oktober 2008 wirkt er nun als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Didaktik der Sozialkunde an der Universität Augsburg, zum Wintersemester vertritt er die Professur für Didaktik der Sozialwissenschaften an der Johann-Wolfgang-von-Goethe-Universität in Frankfurt am Main.

Anselm Cypionka, DVPB-Thüringen

### Erfolgsmodell Demokratie vermitteln!

– Politikdidaktik präsentiert sich auf den Jenaer Tagen der Didaktik

„Unsere freiheitliche Gesellschaft lebt davon, dass mündige Bürgerinnen und Bürger Verantwortung für sich und das Gemeinwohl übernehmen“, formulierte Bundespräsident Horst Köhler. Diese Feststellung lässt jeden Sozialkundelehrer aufhorchen – ist doch die Herausbildung der Verantwortlichkeit die zentrale Aufgabe der Politischen Bildung. Tatsächlich aber zeugen die Statistiken, die Prof. Carl Deichmann am Tag der Didaktik am 09.05.09 im Rahmen seines Vortrags „Erfolgsmodell Demokratie vermitteln? Zur Bedeutung politikdidaktischer Forschung für die Unterrichtspraxis“ den Zuhörern

präsentierte, eher davon, dass es um die Verantwortlichkeit nicht sehr gut bestellt zu sein scheint: So lassen die Ostdeutschen wenig Stolz auf die Rechtsstaatlichkeit erkennen, und die Bundesflagge wird auch nicht als ein Symbol der Freiheit und Einheit wahrgenommen. Haben die Deutschen ein Problem mit ihrer Verfassung?

Die erfolgreiche Vermittlung unseres Grundgesetzes bildet die Grundlage für ein lebenslanges Lernen mit und von der Politik. Die Frage der Realisierung nahm die Jenaer Politikdidaktik zum Anlass, Einblicke in Ansätze, Schwerpunkte und Forschungsfelder zu geben. Auf welche Art und Weise kann das Politische im Unterricht nachhaltig generiert werden? Prof. Deichmann zeigte in seinem 90minütigen Vortrag, ausgehend von der Zielstellung des Gemeinwohls, grundsätzliche Möglichkeiten und Vorgehensweisen im Politikunterricht auf, um sich mit der Demokratie und deren Funktionsweise auseinander zu setzen.

In der DDR wurde das Spannungsfeld des Gemeinwohls zwischen Individualität und Sozialität zugunsten letzterem aufgelöst, was dem Anspruch des Sozialismus entsprach. In pluralistischen Gesellschaften hingegen gibt es keinerlei Auflösung bzw. Festlegung des Gemeinwohls – dieses wird im Rahmen des Grundgesetzes und den damit verbundenen Regeln als Aufgabe angesehen. Die demokratischen Parteien streiten um die beste Lösung, Definition und Auslegung. Diese politischen Auseinandersetzungen gestalten sich allerdings hoch komplex und sind nicht selten schwer zu durchschauen. Ein zentraler Zugang im Sozialkundeunterricht besteht in diesem Zusammenhang beispielsweise darin, den Gegenstand mithilfe von Kategorien zu analysieren, zu entschlüsseln und zu verstehen. Dabei stehen Interessen, Regeln, Konflikte und die politische Herrschaft im Mittelpunkt. Ziel ist die Generierung von auf Werten beruhenden Einsichten, die die Aufrechterhaltung der demokratischen Grundordnung, die Minimalanforderung des Gemeinwohls, ermöglichen. Das eigene Handeln muss an den Werten des Grundgesetzes überprüft werden, wobei die oberste Richtlinie die Unantastbarkeit der menschlichen Würde darstellt. Die Konsequenz für die politische Bildung ist demnach die Erzeugung einer demokratischen Grundhaltung: Indem ich meine Individualität, das

heißt, die Chance einer freien, offenen Gesellschaft nutze, stütze ich das Erfolgsmodell der Demokratie. Dies ist die grundlegende Formel für einen nachhaltigen Politikunterricht. Die Philosophie eines Sozialkundelehrers sollte es sein, die demokratische politische Ordnung als ein Regelsystem zu begreifen und auch zu vermitteln, welches auf eine Werteverordnung (Stichworte: Menschenwürde und Toleranz) ausgerichtet ist und den Entscheidungsprozess für zentrale politische Entscheidungen organisiert. Diese bilden die Basis für das ökonomische, soziale und kulturelle System sowie für die Gestaltung der Außenpolitik.

Im weiteren Verlauf des Vormittags wurde der Zusammenhang von politischer Bildung und politischer Kulturforschung deutlich. Diese ermittelt, an welchen Stellen der politischen Ordnung Konflikte oder Verwerfungen auftreten und somit an welchen Themenschwerpunkten sich der Sozialkundeunterricht auszurichten hat, denn letztlich werden Verfassungen nur von einer gesunden politischen Kultur getragen. Aktuelle Schlüsselergebnisse der Kulturforschung bilden das geringe Institutionenvertrauen, die „Ostalgie“, rechtsextreme Einstellungen sowie eine in letzter Zeit häufig attestierte Demokratiezufriedenheit ab. Aus diesen Parametern lässt sich eine geringe Konfliktorientierung der Menschen erkennen, die durch ein output-orientiertes Politikverständnis ihre Begründung findet. Hierzu kann die Politikdidaktik mit den verschiedenen Zugängen zur Politik einen wesentlichen Beitrag leisten, beispielsweise mittels einer am aktuellen politischen Tagesgeschehen orientierten Insituitionenkunde. Politische Symbole oder die Biographien politisch Handelnder können ebenfalls als Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen dienen. Die hermeneutische Politikdidaktik setzt sich allerdings nicht nur mit den politikdidaktischen Ansätzen auseinander, sondern ist hinsichtlich einer qualitativen Unterrichtsforschung auch auf die Beobachtung von Interaktion zwischen Schülern und Lehrern im Unterricht angewiesen.

Im nachmittäglichen Workshop zum Thema „Wandlungsprozesse: von der DDR zur BRD“ wurde dieser praxisbezogene Aspekt in den Mittelpunkt gestellt. Prof. Deichmann erhielt tatkräftige Unterstützung durch Herrn Tischner, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Professur Politikdi-

daktik und Lehrer am staatlichen Gymnasium Greiz, der darauf verwies, wie vielfältig die Erreichungsformenpolitischer Kultur im Unterricht eingesetzt werden können: Filme, Radiosendungen, Lieder, politische Reden oder Talkshows ermöglichen den Schülern einen greifbaren und an ihren Interessen orientierten Zugang. Gemeinsam mit Lehrern und Studenten wurde diskutiert, wie beispielsweise anhand von Persönlichkeiten und politischen Reden die Ebenen der polity, policy und politics nachvollzogen werden können, um den Klimax aus Grundwissen, Verständnis und Urteilsfähigkeit im Sozialkundeunterricht zu realisieren. Große Einigkeit bestand zwischen Fachdidaktikern und Lehrern in dem Ziel, einen mündigen Bürger auszubilden, der durch sein Engagement und die Wahrnehmung seiner politischen Verantwortung die demokratische Ordnung langfristig stützt und somit zum Gemeinwohl beiträgt.

Tilman Stephan,  
DVPB-Thüringen

we senheit von Alt-Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt als einem der Gründer der Deutschen Nationalstiftung über 500 Gäste aus ganz Deutschland teil, unter ihnen auch der Erster Bürgermeister a.D. der Freien und Hansestadt Hamburg, Henning Voscherau, und die Thüringer Landtagspräsidentin Dagmar Schipanski. Die musikalische Umrahmung übernahmen mit großem Können Solistinnen des Musikgymnasiums Schloss Belvedere aus Weimar.

In seiner Begrüßungsrede würdigte Stefan Wolf als Oberbürgermeister und zugleich Kuratoriumsmitglied der Deutschen Nationalstiftung die internationale Symbolkraft Weimars mit seinen historischen Höhen und Tiefen und erinnerte daran, dass die Stiftung gerade deshalb in Weimar gegründet wurde.

Prof. Dr. Richard Schröder ging als Vorstandsvorsitzender der Deutschen Nationalstiftung in seiner Einleitungsrede vor dem Hintergrund persönlicher Erfahrungen auf die Schwierigkeit ein, die DDR korrekt „zu erinnern“. Er setzte sich differenziert mit der Diskussion über den Begriff des „Unrechtsstaates DDR“ auseinander. Die Menschen in der DDR hätten unter schwierigen Bedingungen große Leistungen erbracht. Darauf könnten sie stolz sein, aber nicht auf die Schwierigkeit der Bedingungen. Mit dem Wort „Nennt es, wie Ihr wollt, aber vergesst nicht, wie es war!“ hob er den Beitrag der Preisträger hervor, einen Zugang zur DDR-Wirklichkeit zu gewinnen.

In seiner Laudatio verwies Ministerpräsident a.D. Prof. Dr. Kurt Biedenkopf als Senatspräsident der Nationalstiftung auf die Verständnisunterschiede von West- und Ostdeutschen und kritisierte die Wahrnehmung der Lebensverhältnisse nur mit westlichen Maßstäben. Er forderte die Schulen dazu auf, die Lücken im gegenseitigen Verständnis zu schließen und empfahl, sich dabei der Werke der drei Preisträger zu bedienen.

Monika Maron sprach im Namen aller drei Preisträger deren Dank aus und betonte, dass es sich beim Nationalpreis nicht um einen klassischen Literaturpreis handelt, sondern um einen im allgemeinen Sinn politischen Preis. Sie nahm diesen Dank zum Anlass, Bücher von ostdeutschen Autoren nicht mit dem Begriff „DDR-Literatur“ literarisch zu kategorisieren. Die DDR sei das Ergebnis der gemeinsamen deutschen Geschichte und die dort geschriebene Literatur sei

## SCHULBRÜCKE EUROPA PRÄSENTIERT SICH BEI DER NATIONALPREIS- VERLEIHUNG 2009 IN WEIMAR

Im 20. Jahr des Mauerfalls würdigte die Deutsche Nationalstiftung drei Persönlichkeiten aus drei Generationen, die ihre unterschiedlichen DDR-Erfahrungen beispielhaft literarisch verarbeitet haben. Ihre literarischen Zeugnisse der erlebten Teilung Deutschlands sind Beispiele für eine differenzierte Erinnerung. Die Preisträger wirken dem Vergessen dieses Teils der deutschen Geschichte ebenso entgegen wie nostalgischer Verklärung der früheren DDR. So erhielten die Autoren Erich Loest, Monika Maron und Uwe Tellkamp den Nationalpreis 2009 der Deutschen Nationalstiftung. Eine Nation braucht Erinnerung an ihre gemeinsame Geschichte. Mit ihrem jeweiligen Werk fördern die Preisträger die Bereitschaft, sich unvoreingenommen mit den unterschiedlichen Biografien anderer zu befassen, um diese zu entschlüsseln und zu verstehen.

An der Preisverleihung am 16. Juni 2009 im Deutschen Nationaltheater in Weimar nahmen in An-

deutsche Literatur. Nicht die Erklärung der DDR sei das Ziel des Schreibens gewesen, sondern die Erzählung von Menschen und ihren Reaktionen auf bestimmte Konstellationen.

Im Rahmen dieser Preisverleihung bot sich der SchulBrücke Europa die Möglichkeit einer öffentlichkeitswirksamen Präsentation. Mit einem Informationsstand, bestehend aus Zeitstrahl, Leonardo-Brücke und einigen Fotoimpressionen der letzten Jahre, stellten ehemalige Teilnehmende der SchulBrücke Europa aus Jena, Apolda und Rudolstadt das Projekt der interessierten Öffentlichkeit vor. Dabei stießen die Schülerinnen und Schüler auf ein großes Interesse. DVPB-Landesvorstandsmitglied Toralf Schenk, reiste mit vier Schülerinnen und Schülern der 11. Jahrgangsstufe aus Jena an. Die Jugendlichen stellten sich den zahlreichen Fragen der Gäste und schwärmen vom intensiven mehrtagigen Schülertreffen, dessen Neuauflage im Herbst 2009 in Weimar plantist.

*Toralf Schenk,  
DVPB-Thüringen*

### **Podiumsdiskussion zur Dauerpatientin „Demokratie“**

– Lernstatt Demokratie 2009  
in Jena im Umspannwerk  
IMAGINATA

Unter der Aufforderung „Gesagt! Getan: Gesucht werden Beispiele für Demokratie. In der Schule und darüber hinaus“ findet seit 1989 der Wettbewerb „Demokratisch Handeln“ für alle allgemeinbildenden Schulen in Deutschland statt. Der Wettbewerb will demokratische Haltung und demokratische Kultur im gelebten Alltag von Schule und Jugendarbeit stärken. In der Begegnung mit Anderen sollen Fragen und Probleme sichtbar und ein Korridor zur politischen Verantwortung geöffnet werden.

Im Rahmen dieser Begegnungen fanden sich zur diesjährigen „Lernstatt Demokratie 2009“ vom 17. bis zum 20. Juni 2009 über 50 Projektgruppen aus ganz Deutschland in Jena im Umspannwerk der IMAGINATA zusammen, um ihre Ergebnisse zu präsentieren und darüber zu diskutieren. Neben dem Erfahrungsaustausch erwartete die Jugendlichen und Gäste ein umfangreiches und anspruchsvolles Kultur- und Unterhaltungsprogramm, das vom Stadtrund-

gang über politisches Kabarett bis zum Politalk reichte.

Der Frage „Warum eigentlich Demokratie?“ gingen am Freitagabend unter der Moderation von Kate Maleike, Redakteurin und Bildungsjournalistin des Deutschlandfunk in Köln, Vertreter aus Politik und Öffentlichkeit nach. Auf dem Podium fanden sich Wolfgang Edelstein, ehemaliger Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik und früherer Direktor am Berliner Max-Planck-Institut, Kai Gehring MdB, jugend- und hochschulpolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, Hildegard Hamm-Brücher, ehemalige Stadträtin, Landtagsabgeordnete, Staatssekretärin, Staatsministerin und Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin 1994 sowie Jan Hofmann, Vorstandsmitglied des Förderprogramms „Demokratisch Handeln“ und Leiter des LiSUM Berlin/Brandenburg – ein Aktivist des „Zentralen Runden Tisches“ in der DDR nach der politischen Wende 1989, zusammen.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage nach dem aktuellen Gesundheitszustand der Demokratie – verstanden als Herrschaftsform und Lebensform.

Eingangs griff die Diskussion das Phänomen der geringen Beteiligung bei den Kommunal- und Europawahlen auf. Diese Möglichkeit der Mitbestimmung sahen alle Podiumsgäste als Grundlage für die gemeinsame Gestaltung des Staates und des gesellschaftlichen Lebens an. Hamm-Brücher verwies in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit des Fortbestandes der Demokratie als Antriebsfeder für ihr politisches Engagement. Demokratie umfasse nicht nur die Möglichkeit politischer Teilhabe, sondern auch Beteiligung und Verantwortung zur Sicherung der gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung und sei daher keine Selbstverständlichkeit. Als Ursachen für die Wahlmüdigkeit der Deutschen vermutete Hamm-Brücher, dass das Wahlrecht in seinem freiheitsstiftenden und Verantwortung begrundenden Wert nicht ernst genug genommen werde. Sie sieht die Ursache dafür in der fehlenden Aufklärung an Schulen, zum Anderen vermisst sie Politiker und Politikerinnen, die den Jugendlichen Vorbild sein können und wollen.

Der parallel zur Lernstatt verlaufende Bildungsstreik bot einen willkommenen Anlass, um neben dem politischen System und der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger daran, auch über Fragen ei-

ner demokratischen Gesellschaft zu diskutieren. Alle Podiumsgäste betonten, wie wichtig es sei, dass Lernende aller Bildungseinrichtungen für ihre Ziele einstunden und einen langen Atem zeigten, damit diese Aktion nicht als Strohfeuer schnell verlischt. Gehring verwies in diesem Zusammenhang auf die Reaktionsmuster der Politik und der Öffentlichkeit nach der Reaktion auf die Demokratiefeindlichkeit an den Schulen ansprach. Neben strukturellen Problemen, aufgrund zu großer Klassen und z.T. nur unzureichend qualifizierter Pädagogen, ebnete der Föderalismusreformprozess zudem den „Weg in die Kleinstaaterei“, wie Hofmann ihn bezeichnete. Kritik äußerten die Podiumsgäste auch an der ungenügenden demokratischen Gestaltung des Alltagslebens der Schule als Lebensraum, an dem Eltern, Schülerschaft und Lehrerschaft gemeinsam teilnehmen können.

Am Ende der Diskussion formulierte alle Teilnehmer ihren persönlichen Blick in die Zukunft der deutschen Demokratie. Die von Hamm-Brücher benannte Patientin „Demokratie“, benötigte in den Augen Gehring in den kommenden zehn Jahren eine „Frischzellenkur“, um genügend Abwehrkräfte gegen neonazistische Strukturen aufzubringen zu können. Hofmann plädierte für ein Mehr an direkter Demokratie und forderte, dass die parlamentarische Demokratie durch Elemente erlebbarer Demokratie ergänzt werden müsse. Hamm-Brücher sehnt sich nach einer Weiterentwicklung der demokratischen Schulkultur zum Erhalt und Wohle eines demokratischen Staates und forderte daher die zahlreichen anwesenden Jugendlichen auf, demokratische Verantwortung zu

übernehmen. Ihr zum Abschluss formulierter Wunsch kann zugleich als Tenor des gesamten Abends gelten: „Demokratie kann und sollte ansteckend sein.“

*Toralf Schenk,  
DVPB-Thüringen*

### **Ankündigungen des Landesverbandes Thüringen:**

Die nächsten Jenaer  
Gespräche sind geplant für

Dienstag, den 3. November 2009,  
18.30 Uhr,  
in der FSU Jena, Carl-Zeiss-  
Straße 3,

zum Thema:

### **Jahr der Demokratie – Politische Bildung zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution**

Geplant ist eine Podiumsdiskussion, zu der folgende Personen ein geladen werden:

*Sabine Geißler*, Sozialkunde Lehrerin, Gründungsmitglied und langjährige Vorsitzende des DVPB- Landesverbandes Thüringen

*Dr. Hans-Peter Ehrentraut-Daut*, erster ThILLM-Referent für Sozialkunde

*Eva Müller*, erste Referentin für Lehrerbildung, Thüringer Landeszentrale für politische Bildung

*Dr. Sigrid Biskupek*, Sozialkundelehrerin, ThILLM-Referentin für Sozialkunde und Gründungsmitglied des DVPB- Landesverbandes Thüringen



(v.r.) Hildegard Hamm-Brücher (Staatsministerin a.D.), Kai Gehring (MdB Bündnis 90/Grüne), Wolfgang Edelstein (MPI Berlin), Jan Hofmann (LiSUM Brandenburg), Kate Maleike (Moderation – Deutschlandradio Köln)